
FORUM

Arno Klönne: Industriearbeiter contra Aussteiger? - Zum Verhältnis von Gewerkschaften und „Alternativbewegung“

Prof. Dr. Arno Klönne, geb. 1931 in Bochum, ist Professor für Soziologie an der Universität/Gesamthochschule Paderborn.

Daß die Gesellschaft der Bundesrepublik in einen epochalen Prozeß der Spaltung, in einen langfristigen Konflikt neuartiger sozialer „Klassen“, einen „Bürgerkrieg“ womöglich, hineingerate, ist ein derzeit gängiges Argumentationsmuster der politischen Publizistik. Dahinter steht einerseits die Annahme, daß eine Polarisierung zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Dauerarbeitslosen ein Strukturmerkmal des künftigen Arbeitsmarktes und damit auch der sozialen Interessendifferenzierung sein werde (ein Problem, an dem gerade die Gewerkschaften gewiß nicht vorbeigehen können); andererseits, und in der veröffentlichten Meinung mehr noch, geht es aber um die These, daß zwei Gesellschaftsbilder sich hier (unversöhnlich oder versöhnbar - darüber streiten nicht nur die Gelehrten) gegenüberstünden: hier ein auf Wachstum, Produktivitätsfortschritt und Ausweitung der Konsumchancen gerichtetes Konzept; dort ein Konzept, das vorindustrielle oder auch nachindustrielle Formen „einfachen Lebens“, Nullwachstum, Abkehr von der Arbeitsteiligkeit, Abbau des Lebensstandards anziele.

Zum Teil wird eine so begriffene „Spaltung der Gesellschaft“ als Konflikt „materialistischer“ und „postmaterialistischer“ Werte beschrieben, wobei das Wohlwollen der Wertetheoretiker dann eher den „Postmaterialisten“ gilt; zum anderen Teil ist von einem Kampf sozialer oder politischer Gruppen die Rede, von einer Frontstellung zwischen denjenigen, die für die arbeitsteilige Industriegesellschaft und für maximale Beschäftigung sind, und denjenigen, die aus eben diesem Gesellschaftstyp „aussteigen“ wollen, die ihn „verteufeln“, wobei hier die Sympathie den arbeits- und industriewilligen „Realisten“ gilt, während die „Aussteiger“ als parasitär und „antipolitisch“ erscheinen.

Wertkrise oder Krise der Ökonomie?

Würde die eben kurz angedeutete Interpretation der gegenwärtigen politischen und sozialen Konfliktlage die Realität treffen, würde es sich also um das Gegenüber oder Gegeneinander von „Materialisten“ und „Postmaterialisten“ oder Berufswilligen bzw. Berufstätigen und „Aussteigern“ handeln, so wäre die Frage nach dem Platz der Gewerkschaften in diesem Streit leicht zu beantworten. Eine Gewerkschaftsbewegung, die — nimmt man den Begriff beim Wort — sich darauf einließe, „materialistische“ Forderungen über Bord zu werfen, hätte rasch den Boden unter ihren Füßen verloren. Wäre die Vollbeschäftigung, wäre das „Recht auf Arbeit“ wirklich durch antiindustrielle Reden der Alternativbewegung, durch Fetischisierung des Nullwachstums auf seiten der „Aussteiger“ oder durch ausufernde Wünsche der ökologischen Bewegung gefährdet, so bedürfte es keiner weiteren Überlegung, um den Standort der Gewerkschaftsbewegung in einer solchen Kontroverse zu bestimmen. Aber die Strukturkrisen der hochentwickelten Industriegesellschaften sind eben nicht durch „Industriefeinde“, „Arbeitsverweigerer“ und „Antipolitiker“ herbeigeredet; wachsende Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation sind nicht vom Wertehimmel gefallen. Es sind, der Ursache nach, nicht (industrielle und antiindustrielle) „Gesinnungen“, die da miteinander ringen; die herrschende Ökonomie selbst ist es, die Probleme hervorgebracht hat, auf die nun „Alternativbewegungen“ vielfältiger Art reagieren, aus denen aber auch Verunsicherung und Zukunftsangst beim „Normalbürger“ resultieren.

Eben weil dies so ist, führt die Entgegensetzung von „arbeitswilligen Berufstätigen“ und „Aussteigern“ in eine falsche, in ihren möglichen Folgen fatale Frontstellung hinein; aus demselben Grunde bleiben aber auch alle Beschwörungen hilflos, die darauf hinauswollen, daß „Ökonomie“ und „Ökologie“, traditionell gestimmte Arbeiterbewegung und Alternativbewegungen sich in einem gemeinsamen Prozeß des Einstellungswandels, also gewissermaßen im Kopf, miteinander veröhnen sollen.

Traditioneller Fortschrittsglaube

Die Arbeiterbewegung in ihrer überwiegenden Majorität hat zumindest in den letzten hundert Jahren ihre sozialen Hoffnungen auf die Ergebnisse des industriell-technischen Fortschritts gesetzt, sie ist von der Annahme ausgegangen, daß die im Industriekapitalismus freigesetzten und sich hochentwickelnden Produktivkräfte die Voraussetzungen bereitstellen würden, unter denen dann der politische Gestaltungswille und die Macht der Arbeitnehmerschaft ein materiell gesichertes, sozial gerechtes, im Entscheidungssystem demokratisches Gesellschaftsleben für alle durchsetzen könnten. Nimmt man das Beispiel Westdeutschland, so ist leicht erkennbar, daß es gerade diese optimistische Einschätzung der Chancen des technisch-industriellen Aufschwungs war, die allen programmatischen Entwürfen den vermeintlich objektiven Halt gab. Nicht nur das Godesberger Programm der SPD erwartete von der „Höchstentwicklung der Produktivkräfte“, von der „täglich wachsenden Macht über die Naturkräfte“ Wohlstand, Freiheit von Sorgen und gesellschaftliche Mitbestimmung für jedermann, vorausgesetzt, die kriegerische Fehlleitung der „Urkraft des Atoms“ könne verhindert werden; auch die gewerkschaftlichen Zukunftsvorstellungen waren auf das „Atomzeitalter“ (wie damals eine wichtige, von den Gewerkschaften geförderte gesellschaftspolitische Zeitschrift sich nannte) gerichtet.

Bei diesem Vertrauen in die positiven Folgen der Produktivkraftentwicklung ging übrigens gewerkschaftlicherseits nicht die Einsicht in arbeitnehmerfeindliche Anwendungen des technischen Fortschritts verloren; im Grundsatzprogramm des DGB von 1963 zum Beispiel hieß es: „Die Wirtschaftspolitik muß auf die volle Entfaltung und Nutzung aller produktiven Kräfte gerichtet sein... Die Gewerkschaften bejahen den technischen Fortschritt als einen ausschlaggebenden Faktor für die Hebung des allgemeinen Lebensstandards und die Erleichterung der menschlichen Arbeit. Der technische Fortschritt muß jedoch dem Gesamtwohl dienen. Er darf nicht zu sozialen Härten für die Arbeitnehmer führen...“ Allerdings wurden inhumane oder unsoziale Folgen der Produktivkraftentwicklung durchweg momentanen und partikularen Einflüssen zugeschrieben, privatwirtschaftlichen Gruppeninteressen etwa, und Korrekturen wurden auf der Ebene der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse, also etwa im Wege sozialpolitischen Drucks der Arbeitnehmerorganisationen und dessen staatlicher Umsetzung, für unschwer machbar gehalten. Nur selten wurde erkannt, daß die industriekapitalistische Ökonomie (auch in ihrer staatskapitalistischen Ausformung übrigens) auch die Entwicklungsrichtung der Produktivkräfte entscheidend prägt, also festlegt, welchen Weg der technische Fortschritt einschlägt, welche Techniken entworfen und eingesetzt - und welche anderen Techniken nicht entwickelt oder nicht genutzt werden, und daß das eine wie das andere langfristige, strukturelle, zum Teil kaum reversible Folgen zeitigt.

Der neue Pessimismus - Gründe und Folgen

Inzwischen ist dieser industriell-technische Optimismus dahingeschwunden - und das nicht nur bei Ökologen oder Alternativlern. Es sind mehrere Problemkomplexe, die hier zusammenwirken:

Erstens ist die Frage nach der Knappheit natürlicher Ressourcen, nach den Folgen einer Vergeudung und Zerstörung derselben durch die hochindustrielle Produktions- und Lebensweise in aller Schärfe und alltäglich erfahrbar gestellt.

Zweitens machen sich zunehmend unangenehme Konsequenzen der hochgradigen „Bürokratisierung“ sozialer Interaktionen und Regelungen im Industriestaat bemerkbar; die Zentralisierung von Entscheidungsmöglichkeiten in Institutionen und Organisationen, die Mediatisierung der Kommunikation, die Unüberschaubarkeit der Herausbildung eines kollektiven Willens wird in der Lebenspraxis als bedrängend empfunden.

Drittens — und dies ist sicherlich für die Majorität der Arbeitnehmerschaft derzeit das gewichtigste Problem - wird immer fragwürdiger, ob die Industriegesellschaft des heutigen Typs denn wenigstens ihr materielles Versprechen einhalten kann, ob also die Zusammenballung von Kapital und Technologie in der Großwirtschaft allen die Chance geben kann, Beschäftigung und Lebensunterhalt zu finden. Exakt diese Problemlage spiegelt sich in den Anklagen wie in den Utopien der Alternativbewegung wider. Dies bedeutet nicht unbedingt, daß sich hier bereits Problemlösungen abzeichnen; es heißt zunächst nur, daß Strukturkrisen der Gesamtgesellschaft seismographisch Ausdruck finden in subkulturellen Regungen, die vom Fluchtversuch bis zum sozialen Experiment des „Anders leben, anders arbeiten“ reichen.

Pessimistische Einschätzungen der Industriezivilisation und ihrer Überlebensmöglichkeiten, Aufbegehren gegen die „Verstaatlichung“ des Alltags und tiefsitzende Skepsis gegenüber allen Zusicherungen auf Wiederherstellung der Vollbeschäftigung finden sich aber allenthalben auch bei jenem (mehrheitlichen) Teil der Arbeitnehmerschaft, der jede alternative Neigung weit von sich weisen würde.

Die Gewerkschaften wären schlecht beraten, wenn sie solche Krisengefühle nicht wahrnehmen oder nicht ernstnehmen wollten, sie könnten in diesem Falle zwischen mehrere Stühle geraten: Einerseits würde sich dann die in der Arbeitnehmerschaft Schicht- und generationsspezifisch bereits erkennbare Tendenz einer „grün“ oder „alternativ“ motivierten Entfremdung von den Prinzipien gewerkschaftlicher Organisation vermutlich ausweiten; andererseits könnte sich bei bestimmten Sozial- und Altersgruppen der Arbeitnehmerschaft ein Trend zu reaktionären und autori-

tären, gewerkschaftsfeindlichen Politikkonzepten herausbilden, bei dem Verdruß über das „Versagen des Sozialstaats“ und Enttäuschung über „Konzeptionslosigkeit der Gewerkschaften“ umschlagen in den Ruf nach dem „starken Mann“ und in Ressentiment gegen die Gewerkschaften als „Wirtschaftszerstörer“.

Wahrscheinlich ist, wenn man die besonderen politischen Traditionen Deutschlands mitbedenkt, die Gefahr der reaktionären, an Elemente faschistischer Politik anknüpfenden Antwort auf die Krise weitaus massiver als das Risiko eines apolitischen Rückzugs ins „Grüne“, wobei nicht auszuschließen ist, daß ein neues autoritäres Kräftezentrum auch einiges aus der alternativen Strömung für sich vereinnahmen könnte, so wie der klassische Faschismus Teile der damaligen Lebensreformbewegung integrierte.

Fragen an die Alternativbewegung

Schon aus dem eben angedeuteten Grunde kann für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, die Alternativbewegung als Ausdruck industriekapitalistischer Struktur- und Ideologiekrisis ernstzunehmen, nicht bedeuten, sich den Deutungsmustern und Gefühlswelten dieser in sich ja sehr differenten, vielfach noch unbestimmten Strömung opportunistisch anzupassen bzw. dieser formelhaft ein soziales Bündnis anzubieten. Vielmehr kommt es darauf an, sich auf eine kritische Diskussion einzulassen, bei der unter anderem folgende Fragen offenstehen:

Steht dem irreführenden Produktivkraft-Optimismus der traditionellen Arbeiterbewegung nicht ein ebenso kurzschlüssiges Verständnis von Natur und Gesellschaft bei Teilen der Alternativbewegung gegenüber, dergestalt, daß nun die Steigerung von Produktivkräften oder technische Entwicklung als etwas per se Negatives erscheinen, so wie umgekehrt dem überkommenen Denken der Arbeiterbewegung diese Möglichkeiten als etwas per se Positives vorkamen? Geht dabei der jeweilige Bedingungs-zusammenhang von Gesellschaft und Naturaneignung nicht ebenso gedanklich verloren?

Steckt in dem „Staatsverdruß“ der Alternativbewegung nicht das Risiko einer freiwilligen Abwendung von sozialer Sicherung durch gesellschaftliche Institutionen und Regelungen, eine riskante Verachtung der Vertragsform und der organisierten Interessenvertretung, die noch dazu, ohne es zu wollen, ideologisch das Geschäft des ungehemmten Kapitalismus besorgt? Kommt darin nicht die für das deutsche Bürgertum traditionelle, in den historisch-politischen Folgen höchst fatale Polarisierung von „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ neu zum Vorschein?

Welche gesellschaftspolitischen Konsequenzen kann es haben, wenn Alternativen zum Industrialismus nicht auf ihre materiellen Bedingungen und Folgen für alle

(d. h.: für eine komplexe Gesellschaft im Weltverbund) hin gedacht, wenn sie als Rückgriff auf eine vorindustrielle, rein agrarisch-handwerkliche Form der gesellschaftlichen Reproduktion simplifiziert werden? Liegt nicht auch darin die Gefahr, daß einer erneuten, vom Kapitalinteresse her motivierten Aufspaltung der Gesellschaft in Reichtum und Armut unfreiwilligerweise ideologische Hilfestellung geleistet wird?

Ein Grundsatz der Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaften können sich nicht auf Konzepte einlassen, die auf die Frage nach einer Sicherung der materiellen Existenz für alle und zu gleichen Bedingungen keine Antwort suchen oder diese Frage kulturpessimistisch beiseiteschieben. Das ist ein Kriterium für den Umgang mit der Alternativbewegung. Es ist aber auch ein Grundsatz für die Politik der Gewerkschaften selbst. Wer den Gewerkschaften empfiehlt, sie sollten die Front der „Industriefreunde“ gegen die „Industriefeinde“ beziehen, sie könnten ihre organisatorische Rettung darin finden, die „Berufstätigen“ gegen die „Aussteiger“ zu formieren, gibt Wirkungen als Ursachen aus und läßt Opfer als Täter erscheinen. Die Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften eingeschlossen, ist historisch viele Fehllege gegangen, ist vielen Fehleinschätzungen aufgegeben. Aber wenn neulich ein linker Kritiker der Thesen Richard Löwenthals schrieb, mit einer Fixierung der gewerkschaftlichen Vertretungspolitik auf die Interessen der Besitzer guter und sicherer Arbeitsplätze, in Abschottung von den Problemen der „Habenichtse“, werde schließlich nur die traditionelle Linie der Arbeiterbewegung fortgeführt, so ist dies eine böse Legende.

Die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften hatten und haben ihre historische Substanz darin, daß sie das Recht auf soziale Egalität, auf ein menschenwürdiges Leben *für alle* zum Springpunkt politischer Entscheidungen machen. Das ist ein Postulat, gewiß, und es war und ist nicht immer und nicht überall eingelöst worden, auch nicht in der Gewerkschaftspraxis. Aber würden die Gewerkschaften diese Zielsetzung beiseiteschieben, so wäre dies ihr Abtreten aus dem Prozeß der Geschichte.